

Brauchen wir rund 100 gesetzliche Krankenkassen?

Zwangsfusionen würden kein Einsparpotential generieren, sagt Anne-Kathrin Klemm

Interview: Oliver Rast

Wie sehen Sie das: Haben wir in Deutschland mit knapp 100 gesetzlichen Krankenkassen zu viele? Ist es eine Art Überangebot?

Auch wenn der Großteil der von den Krankenkassen finanzierten gesetzlichen Leistungen gleich ist, ist die Kassenlandschaft doch vielfältiger, als man auf den ersten Blick denkt. Es gibt große, überregionale Kassen, aber auch regional verankerte und auch nur regional geöffnete Kassen. Darüber hinaus gibt es Betriebskrankenkassen, die nur den Mitarbeitenden eines bestimmten Betriebs sowie deren Familien offenstehen. Gerade diese betriebsnahen und regionalen Kassen machen den Unterschied: Betriebsnahe Kassen engagieren sich gemeinsam mit den Unternehmen und Betrieben für eine gesunde, langfristig stabile und produktive Belegschaft. Regionale Kassen können spezifische Angebote für ihr Einzugsgebiet bieten und punkten mit einem besonders guten Service, Nähe und Ansprechbarkeit. Das ist gesunde Vielfalt für die Beitragszahlenden und das Gesundheitssystem, aber ganz sicher kein Überangebot.

Welche Rolle spielt die Wahlfreiheit der Versicherten in diesem System?

Der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen erfüllt wichtige Funktionen. Er stärkt die Wahlfreiheit der Versicherten, fördert innovative Versorgungsmodelle und setzt die Kassen unter Druck, wirtschaftlich zu arbeiten und ihre Leistungen an den Bedürfnissen der Versicherten auszurichten. Gerade kleinere, regional verankerte Krankenkassen bieten daher häufig besonders passgenaue Angebote und eine hohe Kundennähe.

Welche sogenannten Einspareffekte wären bei einer Fusion bestimmter Kassen zu erwarten? Lässt sich das beziffern?

Nein, denn der überwältigende Anteil der Verwaltungsausgaben entfällt auf die Beratung und Betreuung der rund 74 Millionen gesetzlich Versicherten und kommt ihnen somit unmittelbar zugute. Hier lässt sich nichts einsparen, da die Zahl der Versicherten bei Zwangsfusionen natürlich unverändert bleibt und auch die umfangreichen, gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben sowie die notwendigen Serviceleistungen weiterhin erfüllt werden müssen, wenn denn die Qualität der Versorgung aufrechterhalten bleiben soll. Die Annahme, dass größere Krankenkassen ihre Verwaltungskosten durch Skaleneffekte senken könnten, wird durch die Praxis nicht bestätigt. Das hat jüngst auch das Ifo-

Institut bestätigt. Es gibt sowohl kleine als auch große Kassen mit hohen oder niedrigen Verwaltungskosten. Betriebskrankenkassen schneiden im Schnitt sehr effizient ab.

Das Einsparpotential liegt woanders: In den vergangenen Jahren haben die Krankenkassen ihre Effizienz kontinuierlich gesteigert. Durch Digitalisierung und optimierte Prozesse ist es heute möglich, eine deutlich größere Zahl von Versicherten pro Mitarbeitenden zu betreuen.

Welche Risiken sehen Sie bei politisch angestoßenen Zwangsfusionen?

Zwangsfusionen verursachen in dem derzeit politisch kolportierten Maßstab zunächst erhebliche Kosten für IT-Migrationen, Organisationsanpassungen und Verwaltungsumbauten. Der Bundesrechnungshof weist auf teilweise dauerhafte Mehrkosten hin. Auch die Finanzkommission Gesundheit sieht in erzwungenen Kassenfusionen kein relevantes Einsparpotenzial.

Nicht zuletzt mahnen auch internationale Erfahrungen zur Vorsicht. So stiegen beispielsweise in Österreich die Verwaltungskosten nach einer großen Kassenfusion deutlich an, statt zu sinken. Gleichzeitig mussten Versicherte höhere Eigenanteile tragen. Erzwungene Kassenfusionen sind also mit erheblichen Risiken verbunden, während mögliche Einsparungen ungewiss bleiben.

Unter welchen Bedingungen halten Sie Fusionen dennoch für sinnvoll?

Wir sträuben uns nicht gegen Krankenkassenfusionen. Diese sollten jedoch auf freiwilliger Basis und nach sorgfältiger Absprache zwischen den Kassen, die miteinander fusionieren wollen, erfolgen – und nicht aufgrund staatlichen Drucks.

Anne-Kathrin Klemm ist Vorständin des BKK-Dachverbands

<https://www.jungewelt.de/artikel/528122.gesundheitspolitik-brauchen-wir-rund-100-gesetzliche-krankenkassen.html>